

Zeitschrift für Genozidforschung

Zeitschrift des Instituts für Diaspora- und Genozidforschung an der Ruhr-Universität Bochum

Herausgeber

Prof. Dr. Mihran Dabag, Kristin Platt
in Verbindung mit dem Kuratorium des Instituts:
Prof. Dr. Wilhelm Bleek, Prof. Dr. Lucian
Hölscher, Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Knut Ipsen,
Dr. Hans-Henning Pistor, Prof. Dr. Klaus
Tenfelde, Bernhard Waldenfels

Wissenschaftlicher Beirat

Prof. Dr. Aleida Assmann, Konstanz
Prof. Dr. Jan Assmann, Heidelberg
Prof. Dr. Zygmunt Bauman, Leeds
Prof. Dr. Krikor Beledian, Paris
Prof. Dr. Micha Brumlik, Frankfurt
Prof. Dr. Norbert Frei, Jena
Dr. h.c. Ralph Giordano, Köln
Prof. Dr. Dr. Knut Ipsen, Bochum
Prof. Dr. Uwe-K. Ketelsen, Bochum
Prof. Dr. Ben Kiernan, Yale/New Haven
Prof. Dr. Peter Longrich, London
Prof. Dr. Otto Luchterhandt, Hamburg
Prof. Dr. Dan Michman, Jerusalem
Prof. Dr. Jörn Rüsen, Essen
Prof. Dr. Dieter Senghaas, Bremen
Prof. Dr. Ervin Staub, Amherst
Prof. Dr. Hans-Ulrich Thamer, Münster

Redaktion

Kristin Platt (verantwortl.), Medardus Brehl
Assistenz: Birgit Doleschal, Melanie Flür
Institut für Diaspora- und Genozidforschung
an der Ruhr-Universität Bochum
D-44780 Bochum, Tel.: 0234/ 32 29702
Fax: 32 14770, idg@ruhr-uni-bochum.de

ISSN 1438-8332

Strukturen, Folgen, Gegenwart
kollektiver Gewalt

Die Zeitschrift wird gefördert von der
Alfred Freiherr von Oppenheim-Stiftung
zur Förderung der Wissenschaften

Erscheinungsweise

Die Zeitschrift für Genozidforschung erscheint
halbjährlich mit einem Jahresumfang von circa
300 Seiten.
Der Jahresbezugspreis beträgt 34,90 Euro, für
Studierende 27,90 Euro. Das Einzelheft kostet
21,00 Euro, incl. MWSt, zzgl. Versandkosten.
Das Abonnement verlängert sich jeweils um ein
weiteres Jahr, falls es nicht drei Monate vor Ablauf
gekündigt wird. Bestellungen bitte an den Buch-
handel oder direkt an den Verlag.

Die Einzelbeiträge sind urheberrechtlich geschützt.
Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nach-
drucks, der photomechanischen Wiedergabe, der
Weiterverarbeitung in Mikrofilm oder elektroni-
schen Datenverarbeitungsanlagen sowie der Über-
setzung vorbehalten.

Einsendung von Manuskripten

Die Redaktion lädt zur Einsendung von Manu-
skripten (in zweifacher Ausfertigung und Diskette)
ein. Über die Veröffentlichung entscheidet ein
peer-review Verfahren. Unaufgefordert eingesandte
Bücher und Manuskripte können leider nicht
zurückgesandt werden.

Gestaltung

Entwurf: Wilfried Gandras, Hamburg
Gestaltung: Frank Wiederhold, Bochum
Grafik des Einbands: Assadour,
Coupole, 2002
Aquarell, 26 x 36 cm

Gesamtherstellung: Ferdinand Schöningh

Wilhelm Fink Verlag / Ferdinand Schöningh

Editorial

Der vorliegende Band vereint Erörterungen zu drei Komplexen, mit denen Forschungen über Strukturen und Prozesse von kollektiver Gewalt und Genozid gegenwärtig konfrontiert sind.

Eine dieser aktuellen Herausforderungen ist zweifellos in den Anstrengungen auf den Ebenen der internationalen Politik zu erkennen – unterstützt aber auch durch Tendenzen in der Forschung –, den Begriff »Genozid« zu schwächen, indem man sich auf die schwierige »Nutzbarkeit« oder »Anwendbarkeit« der semantischen Dimension des Begriffs konzentriert. Gezielt werden dafür die vielschichtigen, mit dem Genozidkonzept angesprochenen sozialen und politischen Ebenen verschwiegen. Die Folgen dieser strategischen Relativierung zeigen sich vor allem darin, dass in der internationalen Politik mit ausschließlich globalstrategischem Blick geurteilt wird, welche staatliche Gewalt gegen welche Bevölkerungsgruppe zu verurteilen ist (nämlich nur die, die die globale Handlungsbalance gefährden kann). Zudem sind eingeführte »Ersatzkonzepte«, wie das Prinzip »Responsibility to Protect«, kaum mit Handlungsräumen ausgestattet worden.

Als eine weitere Folge, die vielleicht gar keine Folge ist, sondern die Relativierung sogar mit vorbereitet hat, ist die Entwicklung von Forschungsarbeiten unter dem Etikett einer »Gewaltforschung« zu erkennen, in denen unter breiter Vernachlässigung strukturgeschichtlicher Gegebenheiten fokussiert Einzelakteure in den

Blick genommen werden. Das Handeln dieser Akteure (oder »Täter«) wird jedoch anhand von Generalisierungen erklärt, in denen nicht nur alltagspsychologische Erklärungsmuster obsiegen, sondern die auch zurückführen in Erklärungsfolien der offensichtlich ihre beruhigende Wirkung noch immer nicht verfehlenden Totalitarismusforschung, die diesmal aber ergänzt wird auch durch kulturanalytische Erklärungsschemata.

Im vorliegenden Band analysiert Christian Achraimer in seinem Artikel »Genozid in Darfur? US-Regierung vs. UN-Sicherheitsrat« die Haltungen der US-Regierung und des UN-Sicherheitsrats als konkurrente politische Akteure, deren Positionen auf unterschiedlichen Argumenten basieren. Diese Argumente sind im Kern nicht um die Frage nach dem notwendigen Handeln zentriert; denn diese Frage wird implizit umgelenkt – bei im Prinzip einer Übereinkunft darin, dass die Ursache der Gewalt auf Seiten der Zentralregierung in Khartoum zu finden ist – hin zur Frage, ob ein Genozid vorliegen würde. Dabei ist es hoch bemerkenswert, dass die unterschiedliche Gewichtung, ob ein Genozid vorliegt oder nicht, an dem Aspekt der Intention der von beiden Seiten anerkannt systematischen Gewaltausübung festgemacht wird – ein Aspekt, über dessen Nachweisbarkeit auf politischer Ebene seit Jahren eine relativierende Diskussion nachgezeichnet werden kann.

Ohne Frage hat das Handeln auf politischer Ebene, das bündnispolitische oder ökonomische Erwägungen priorisiert, schon immer ein Einschreiten bei Genoziden verhindert. Die neue Strategie jedoch, die Kriterien der Genozidkonvention selbst zu schwächen, um dadurch zu argumentieren, gar nicht anders handeln, das

heißt nicht intervenieren zu können, ist jedoch eine so kritische Positionierung, weil sie international die Bereitwilligkeit sichtbar geschwächt hat, für diskriminierte und verfolgte Minderheiten einzutreten, wenn nicht erwartet werden kann, dass diese eines Tages auf der Bühne der Weltpolitik eine Rolle einnehmen können.

Ein zweiter Komplex des vorliegenden Bandes ist die Beschäftigung mit der – nicht geleisteten, zu späten geleisteten und in den unterschiedlichen Nachkriegsjahrzehnten zwar verschieden, jedoch immer ambivalent betrachteten – Strafverfolgung der NS-Täter. Dabei hat vielleicht der Demjanjuk-Prozess noch am ehesten kein Widerstreben in der deutschen Öffentlichkeit gefunden. Dass dies auch damit erklärt werden kann, dass es sich bei John Demjanjuk um einen ukrainischen Handlanger handelt, Mitglied der von der SS ausgebildeten »Trawnikis«, und eben nicht um den ideologisch geleiteten Juristen, der der eigene Vater oder Großvater hätte sein können, ist sicherlich unstrittig.

Angelika Benz führt über die Definition einer subjektiven Beobachterperspektive in den Prozess ein und hält in Prozessbeobachtungen, »Momentaufnahmen im Fall Demjanjuk«, die Atmosphäre des Gerichtssaals, die Perspektiven von Gericht, Staatsanwaltschaft und Verteidigung, des Angeklagten und der Zuschauer fest.

Susanne Raidt zeigt am Beispiel von Walter Rauff, wie es NS-Tätern gelingen konnte, sich über lange Jahrzehnte der Strafverfolgung zu entziehen. Dabei macht sie in ihrem Beitrag »Die transnationale Karriere eines ›staatlich geprüften Kriegsverbrechers«. Der Fall Walther Rauff, 1938-1963« auf Lücken der Strafverfolgung aufmerksam, zeigt aber insbesondere die Bedeutung von Netzwerken auf, die es den

untergetauchten Personen erlaubten, ein soziales Leben und ihre Karrieren fortzusetzen. Besonders bemerkenswert ist, dass Raidt die Handlungs- und Verhaltensmusters Rauffs in der Kriegszeit und im Nachkriegsexil in eine dichte Nähe rückt und einen Täter zeigt, der nicht durch die »Gewalt der Situation« mitgerissen wird, sondern dessen Leben durch kühle Karriereplanung, Geschick und die Vernetzung Gleichgesinnter bestimmt bleibt.

Ein dritter Komplex betrifft das wohl letzte Kapitel, unter dem sich das Verwaltungssystem Deutschlands – diesmal die deutschen Rentenversicherungsträger und die Sozialgerichte – mit Belangen der jüdischen Überlebenden der NS-Verfolgung beschäftigen musste: die sogenannten »Ghettorenten«-Verfahren. Ohne Zweifel ist dabei heute für die beteiligten Administrationen ein Missverhältnis zwischen Aufgabenanforderung und -erfüllung zu resümieren, vielleicht auch ein Scheitern.

Der im vorliegenden Band publizierte Beitrag von Thomas Podranski, »Der Arbeitseinsatz der jüdischen Bevölkerung in der Privatwirtschaft des Generalgouvernements. Zwischen Zwang, Gewalt und Restfreiheit«, nimmt auf Ergebnisse Bezug der intensiven Beschäftigung am Institut für Diaspora- und Genozidforschung mit den sogenannten »Ghettorenten-Verfahren« in den Jahren 2008/09. Weiterführend werden anhand des Beispiels eines holzverarbeitenden Betriebes in Piotrków Trybunalski (dt. Petrikau) die sozialen, ökonomischen und politischen Bedingungen aufgezeigt, unter denen Personen aus den Ghettos in deutschen Betrieben arbeiteten.

Deutlich wird an der Erörterung, dass historische Forschung über den Nationalsozialismus

nicht die Mehrdimensionalität – und Unentschiedenheit – einzelner öffentlicher Entwicklungen und Prozesse aus dem Auge verlieren darf.

So zeigen die Autorinnen und Autoren des vorliegenden Bandes auf, dass die Forschung über Entscheidungsprozesse in Verläufen staatlicher Verfolgung und Gewalt nur über ein Nebeneinander eines Blicks auf Strukturen und Einzelpersonen, Diskursysteme und individuelle Handlungsdispositive oder -strategien zu leisten ist.

Titelbild: Assadour
Coupole, 2002
Aquarell
26 x 36 cm